

Postulat

Durchführung eines Audits über die Reorganisation der Sozialen Dienste

Die Beantwortung der Interpellation zur Kostenexplosion in der Sozialhilfe gab ausführlich und einleuchtend Antwort auf die Frage nach den Gründen bezüglich der aktuellen Zunahme der Zahl der Sozialhilfeabhängigen. Erfreulicherweise beteiligt sich die Stadt Liestal auch an fortschrittlichen Projekten, insbesondere zur beruflichen Integration von jungen Menschen.

Die zum Teil widersprüchlichen Äusserungen zum Stand der Reorganisation der Sozialen Dienste irritieren jedoch angesichts der Dringlichkeit des Problems und verlangen nach Klärung. So hat die Stadt Liestal etwa immer noch einen überproportional hohen Sockelanteil an langjährigen Fällen, die bisher nicht abgelöst wurden. Es entsteht der Eindruck, dass konkrete Massnahmen nur zögernd vorangetrieben werden. Die im Jahr 2002 verlangten jährlichen Audits werden weiter hinausgeschoben.

Trotz der hohen Brisanz blieben auch die Antworten auf die Frage nach präventiven Massnahmen eher vage. Für die verschiedenen Zielgruppen von Sozialhilfeempfängern braucht es schnell Hilfe, denn mit jedem Monat steigt das Risiko einer langzeitigen Abhängigkeit mit verheerenden sozialen, psychischen und volkswirtschaftlichen Folgen. Es muss deshalb im Interesse aller liegen, Massnahmen zu unterstützen, die verhindern, dass Menschen tief in den Kreislauf der Abhängigkeit geraten.

Der Stadtrat wird beauftragt, noch vor der Budgetdebatte ein Audit betreffend Soziale Dienste durchzuführen, welches die Ziele der Reorganisation 02 auswertet.

Das Audit soll aufzeigen, inwiefern die Ziele der Reorganisation in den Teilprojekten

- Management und Führung
- Optimierung Kernprozesse
- Support und unterstützende Dienste
- Vormundschaftsbehörde und Sekretariat
- Aufbau Qualität

erreicht sind und wo diese noch ausstehen und wie sich diese Massnahmen auf die Falldauer ausgewirkt haben .

Der Stadtrat wird weiter gebeten zu prüfen,

1. welche konkreten Massnahmen im Hinblick auf den seit Beginn der Reorganisation noch schwierigeren Kontext neu in die Wege zu leiten wären.
2. Inwiefern die aktuellen Integrationsprogramme greifen und ob es für besonders gefährdete Zielgruppen weitere Massnahmen braucht.
3. ob die Zahl der Mitarbeitenden für die Bewältigung der Aufgaben noch ausreicht

Namens der Grüne-Fraktion

Erika Eichenberger

Liestal, 3.4.06